



28. November 2024

Defizite, Schulden und die Schuldengrenze im Jahr 2025

Die Verfassung verleiht dem Kongress die Befugnis, die Bundesausgaben, -einnahmen und die Kreditaufnahme durch seine „Handelsbefugnis“ zu verwalten. Defizitergebnisse stellen die Differenz zwischen den Gesamtausgaben und -einnahmen des Bundes dar und erhöhen die Verschuldung, die eine Kreditaufnahme des Bundes erforderlich macht. Dieser In Focus fasst die Merkmale, Trends und damit verbundenen wirtschaftspolitischen Fragen des Bundesdefizits und der Schulden zusammen und erörtert auch die gesetzliche Schuldengrenze.

Grundlegende Eigenschaften Der Bundesregierung entsteht eine Knospe

ein Defizit entsteht, wenn die Ausgaben (Gesamtauszahlungen) die Einnahmen (eingenommene Gelder) übersteigen. Sind die Einnahmen höher als die Ausgaben, erwirtschaftet der Staat einen Überschuss. Die Defizite werden im Laufe des Geschäftsjahres gemessen, das vom 1. Oktober bis zum 30. September läuft. In Zeiten relativ hohen Wirtschaftswachstums nehmen die Defizite tendenziell ab, was sowohl auf höhere Einnahmen (durch einen Anstieg der Erträge und anschließende Steuerzahlungen) als auch auf geringere Ausgaben (durch einen Rückgang der Nachfrage nach Arbeitslosenunterstützung und anderen Programmen) zurückzuführen ist, wobei gegenläufige Veränderungen in Zeiten mit geringerem Wachstum zu höheren Defiziten führen.

Die Bundesverschuldung stellt die Anhäufung staatlicher Kredite von Privatpersonen, Institutionen sowie in- und ausländischen Regierungen dar. Die Verschuldung steigt, wenn es zu Haushaltsdefiziten, Nettoabflüssen für Bundeskreditprogramme oder einem Anstieg der innerstaatlichen Verschuldung (Schulden, die auf den Konten der Bundesregierung verbucht werden) kommt. Die Schuldenmessung, die für Ökonomen im Allgemeinen am interessantesten ist, ist die öffentliche Verschuldung, die innerstaatliche Schulden ausschließt. Das Finanzministerium verwaltet die Bundesschulden mit dem Ziel, im Laufe der Zeit Kredite zu möglichst geringen Kosten für den Steuerzahler aufzunehmen und gleichzeitig die Transparenz zu maximieren.

Veränderungen der Bundesverschuldung, die hauptsächlich durch Defizite und Überschüsse verursacht werden, spiegeln implizite politische Entscheidungen hinsichtlich der Verteilung staatlicher Aktivitäten über Generationen hinweg wider. Die Nettozinszahlungen messen die Zu- und Abflüsse von Zinsen aus der Bundesverschuldung und sind in den Defizit- und Überschussergebnissen enthalten.

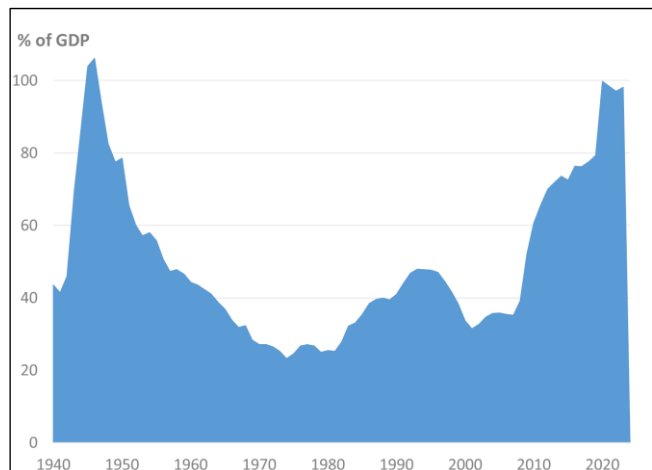
Ein Anstieg der Realverschuldung in einer Periode kann die Wahlmöglichkeiten in späteren Perioden einschränken. In einigen Fällen kann die steigende Realverschuldung auch dazu führen, dass zukünftige Generationen die finanziellen Kosten der Entscheidungen früherer Generationen tragen, ohne sich über den relativen Nutzen dieser Entscheidungen äußern zu können. Hohe und anhaltende Schuldenstände können auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Fähigkeit der Regierung, ihren Kreditverpflichtungen nachzukommen, verringern, was die langfristigen Kreditkosten erhöhen könnte.

Historische Ergebnisse und aktuelle Aussichten Der Bundeshaushalt weist seit dem Geschäftsjahr Defizite auf

2001. Die historischen wirtschaftlichen Schocks und die darauf folgenden Reaktionen des Bundes auf die Große Rezession und die COVID-19-Pandemie führten zu den fünf größten realen Bundesdefiziten seit dem Zweiten Weltkrieg, wobei die realen Defizite im Geschäftsjahr 2009 bis 2011 durchschnittlich 9 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und im Geschäftsjahr 2020 bis 2021 14 % des BIP betrug. Das durchschnittliche reale Defizit in anderen Jahren seit dem Geschäftsjahr 2001 (3,2 % des BIP) lag jedoch immer noch über dem Durchschnitt der Geschäftsjahre 1973 bis 2001 (2,5 % des BIP).

Nach einer Phase des Rückgangs der Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung ist die Verschuldung in den letzten Jahrzehnten gestiegen, wie in Abbildung 1 dargestellt. Die öffentliche Verschuldung belief sich am Ende des Geschäftsjahres 2024 auf 98 % des BIP, was etwa dem Dreifachen des Wertes entspricht, der am Ende des Geschäftsjahrs 2001 verzeichnet wurde (32 % des BIP).

Abbildung 1. Staatsschulden, GJ 1940–GJ 2024 (in % des BIP)



Quelle: Congressional Budget Office Anmerkungen: Werte am Ende des Geschäftsjahres.

Das Congressional Budget Office (CBO) prognostiziert vom Juni 2024 für sein 10-Jahres-Haushaltsfenster einen konstant hohen Defizitanstieg, wobei die Defizitwerte im Zeitraum von 2025 bis 2034 zwischen 5,5 % des BIP und 7,1 % des BIP liegen. Der Anstieg der realen Ausgaben (durch steigende obligatorische Ausgabenverpflichtungen) und der Nettozinsverpflichtungen (durch erhöhte Realzinssätze) ist der größte Treiber für die höheren Ausgaben, während relativ flache Gesamteinnahmen davon ausgehen, dass bestimmte vorübergehende Steuerbestimmungen, die im Rahmen der P.L. 115-97 (oft als Tax Cuts and Jobs Act: TCJA bezeichnet) laufen wie geplant aus. Bis zum Ende des Geschäftsjahres 2034 wird die Verschuldung voraussichtlich auf 122 % des BIP ansteigen.

Der langfristige Haushaltsausblick des CBO vom Juni 2024 geht davon aus, dass die Defizite und Schulden des Bundes 8,5 % bzw. 166 % des BIP erreichen werden.

bzw. im Geschäftsjahr 2054 (siehe Tabelle 1). Schätzungen gehen davon aus, dass nach geltendem Recht planmäßige Fortschritte erzielt werden und die durchschnittlichen wirtschaftlichen Bedingungen durchschnittlich sind.

Tabelle 1. Ergebnisse des Bundeshaushalts, GJ 1994–GJ 2054 (in % des BIP)

	Geschäftsjahr 1994	Geschäftsjahr 2024	GJ2054
Ausgaben	20.4	23.4	27.3
Einnahmen	17.5	17.1	18.8
Defizit	2.9	6.4	8.5
Öffentlich abgehalten	48	98	166
Debt			

Quelle: Historische CBO-Tabellen (GJ 1994), monatliche Budgetüberprüfung (GJ 2024) und langfristige Basislinie (GJ 2054).

Wirtschaftliche Auswirkungen Defizite und Schulden sind nicht i

grundsätzlich schädlich für die Wirtschaft. Die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung produktiver Investitionen (z. B. bestimmte Infrastruktur) und Ausgaben (z. B. Forschung und Entwicklung) kann die Produktionskapazität der Wirtschaft erhöhen. Defizitausgaben und gezielte Steuersenkungen sind politische Optionen zur Ankurbelung der Wirtschaft während einer Rezession. Allerdings können anhaltende Defizite im Bundeshaushalt und wachsende Schulden, wie sie in den langfristigen Prognosen des CBO zu sehen sind, das Wirtschaftswachstum verringern und künftige politische Optionen einschränken.

Die Anhäufung von Schulden, wenn sie aus inländischen Quellen finanziert wird, verringert die langfristige Ersparnis und das Einkommen des Landes und verringert in der Regel die Kapitalinvestitionen, die zu Produktivitätswachstum und höheren Löhnen führen. Wenn Schulden stattdessen aus ausländischen Quellen finanziert werden, erhöht dies das Handelsdefizit und die künftigen Verpflichtungen gegenüber ausländischen Investoren. Schuldenanstiege erhöhen auch die Zinskosten des Staates, was die Fähigkeit des Gesetzgebers einschränkt, wachstumsfördernde Investitionen, etwa in die Infrastruktur, zu fördern. Schließlich kann ein Schuldenanstieg die Fähigkeit des Gesetzgebers einschränken, auf künftige Rezessionen, Naturkatastrophen oder andere unvorhergesehene Ereignisse zu reagieren.

Steigende Schuldenstände erhöhen auch das Risiko einer Schuldenkrise, bei der Anleger das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit eines Landes verlieren, die Zinsen steigen und möglicherweise Sparmaßnahmen erforderlich werden. Solche Ereignisse ereigneten sich auch außerhalb der USA, beispielsweise Anfang der 2010er Jahre in der Eurozone. Die Vereinigten Staaten haben keine vergleichbare Schuldenkrise erlebt. Die Schätzungen zur Höhe der realen US-Bundesverschuldung, die erforderlich ist, um eine Krise auszulösen, gehen weit auseinander. Der Internationale Währungsfonds hat kürzlich festgestellt, dass das kurz- und mittelfristige Risiko für die USA für ein solches Ereignis gering ist.

Die Schuldengrenze Die Schuldengrenze, kodifiziert

bei 31 U.S.C. §3101 legt eine gesetzliche Beschränkung für den Geldbetrag fest, den das Finanzministerium zur Finanzierung von Bundesoperationen leihen darf. Die der Obergrenze unterliegenden Schulden betragen mehr als 99 % der gesamten Bundesschulden und umfassen Schulden der Öffentlichkeit (die zur Finanzierung von Haushaltsdefiziten verwendet werden) und Schulden, die auf Bundeskonten ausgegeben werden (die zur Erfüllung von Bundesverpflichtungen verwendet werden).

Mit dem Fiscal Responsibility Act von 2023 (P.L. 118-5) wurde die Schuldengrenze bis zum 1. Januar 2025 ausgesetzt

Nach geltendem Recht wird die Schuldengrenze am 2. Januar 2025 auf einem Niveau wieder eingeführt, das der zu diesem Zeitpunkt geltenden Schuldengrenze entspricht. Seit der Einführung der Gesamtschuldengrenze im Jahr 1917 wurden regelmäßige gesetzliche Änderungen der Schuldengrenze erlassen. Der Kongress hat zwischen dem Ende des Zweiten Weltkriegs und heute 103 separate Änderungen der Schuldengrenze genehmigt, um Änderungen bei der Bundesverschuldung Rechnung zu tragen.

Wenn keine Maßnahmen ergriffen werden, um eine verbindliche Schuldengrenze bei ihrer Wiedereinführung zu verhindern, kann der Finanzminister beschließen, „außerordentliche Maßnahmen“ zu ergreifen, um unter der Schuldengrenze zu bleiben. Durch die Einleitung außergewöhnlicher Maßnahmen wurden die erforderlichen Maßnahmen zur Schuldenobergrenze um Zeiträume von einigen Wochen bis zu mehreren Monaten verzögert, wobei die Verzögerungszeit je nach saisonalen Schwankungen der Ausgaben und Einnahmen sowie der Gesamtnettokreditrate variiert.

Die Bundesschuldengrenze kann als Kontrolle betrachtet werden, um sicherzustellen, dass die jüngsten Einnahmen- und Ausgabentrends die Zustimmung des Kongresses finden. Es kann jedoch sein, dass der Kongress und die Regierung die Einziehungs- und Ausgabenentscheidungen des Bundes, die sich auf die Schuldenhöhe auswirken, schon lange vor den Beratungen über die Schuldenobergrenze vereinbart haben. Einige frühere Gesetze zur Schuldenobergrenze verknüpften Erhöhungen der Schuldenobergrenzen mit fiskalpolitischen Vorschlägen wie Maßnahmen zur Durchsetzung des Haushalts.

Wenn sich die Schuldenhöhe der gesetzlichen Schuldengrenze nähert, kann der Kongress entscheiden: (1) die Schuldengrenze bestehen zu lassen; (2) die Schuldengrenze erhöhen, um eine weitere Kreditaufnahme des Bundes zu ermöglichen; oder (3) die Schuldengrenze vorübergehend auszusetzen oder abzuschaffen. Einige haben vorgeschlagen, dass der vierzehnte Verfassungszusatz dem Präsidenten die Befugnis geben könnte, die gesetzliche Schuldengrenze zu ignorieren. Frühere Regierungen und einige Rechtswissenschaftler haben dieses Argument als Alternative zur Schuldenbegrenzungsgesetzgebung zurückgewiesen.

Die Kombination aus einer verbindlichen Schuldengrenze und anhaltenden Haushaltsdefiziten würde dem Finanzministerium widersprüchliche Richtlinien beschreiben. Wie bei jedem Kreditnehmer ist der Staat verpflichtet, seine Rechnungen zu bezahlen, und dennoch würde eine verbindliche Schuldengrenze das Finanzministerium daran hindern, dies rechtzeitig zu tun.

Zu den möglichen Folgen einer verbindlichen Schuldengrenze gehören unter anderem: (1) eine verringerte Fähigkeit des Finanzministeriums, Mittel zu vorteilhaften Konditionen aufzunehmen, wodurch die Bundesverschuldung weiter steigt; (2) negative Ergebnisse in in- und ausländischen Volkswirtschaften und Finanzmärkten, die durch den erwarteten Ausfall von Staatsanleihen oder die Nichterfüllung anderer gesetzlicher Verpflichtungen verursacht werden; (3) Erwerb von Zinsstrafen aufgrund von Verzögerungen bei bestimmten Zahlungen und Überweisungen des Bundes; und (4) Herabstufung der US-Kreditratings.

Mögliche wirtschaftliche und fiskalische Folgen der Schuldengrenze beschränken sich nicht nur auf Szenarien, in denen die Schuldengrenze verbindlich ist. Langwierige Überlegungen über eine Anhebung der Schuldengrenze können sich auch auf die Finanzaussichten der USA auswirken, wenn dadurch die Stimmung der Anleger verändert wird.

Grant A. Driessen, stellvertretende Forschungsleiterin der Abteilung
Lida R. Weinstock, Analystin für makroökonomische Politik

Haftungsausschluss

Dieses Dokument wurde vom Congressional Research Service (CRS) erstellt. CRS fungiert als überparteiliches gemeinsames Personal für Kongressausschüsse und Kongressmitglieder. Es handelt ausschließlich im Auftrag und unter der Leitung des Kongresses. Informationen in einem CRS-Bericht sollten nicht zu anderen Zwecken als dem öffentlichen Verständnis der Informationen herangezogen werden, die CRS den Mitgliedern des Kongresses im Zusammenhang mit der institutionellen Rolle von CRS zur Verfügung gestellt hat. CRS-Berichte unterliegen als Werk der Regierung der Vereinigten Staaten nicht dem Urheberrechtsschutz in den Vereinigten Staaten. Jeder CRS-Bericht darf ohne Genehmigung von CRS in seiner Gesamtheit reproduziert und verbreitet werden. Da ein CRS-Bericht jedoch urheberrechtlich geschützte Bilder oder Material von Dritten enthalten kann, müssen Sie möglicherweise die Erlaubnis des Urheberrechtseigentümers einholen, wenn Sie urheberrechtlich geschütztes Material kopieren oder anderweitig verwenden möchten.